

man der Regierung die Wünsche des Volkes auf diesem legalen Wege zur Kenntnis bringe, und daß die Regierung selbst alle Konsequenzen tragen würde, wenn sie nicht das allgemeine Stimmrecht gewähren sollte.

### 21. September. Eröffnung der Generalstaaten.

Die Thronrede, mit welcher der König die Generalstaaten eröffnet, besagt: Die Beziehungen zu den fremden Mächten seien die freundschaftlichsten. Die Teilnahme des Landes an der Kongo- und Suez-Konferenz habe bewiesen, daß die Niederlande noch immer einen Platz unter den Seemächten einnehmen. Die Finanzlage des Landes erheische Einschränkungen in den Ausgaben und die Erhöhung der Einnahmen. Der niedrige Preis der Produkte beeinflusse die europäische Industrie ungünstig. Die zur Herbeiführung eines besseren Standes der Dinge in Uthün ergriffenen Maßregeln seien ausgeführt worden, ohne auf große Schwierigkeiten zu stoßen, es sei aber dort noch fortgesetzt Wachsamkeit und Ausdauer notwendig.

### 22. September. Präsidentenwahl in der Kammer.

Gewählt wird Cremers (liberal) mit 42 gegen 41 Stimmen, welche auf den bisherigen Präsidenten Mackay fallen.

3. November. Antrag der Rechten auf Abänderung der Schulgesetzgebung. (Vgl. 18. März a. G.)

27. November. (Wahlbezirke.) Die Kammer verwirft mit 44 gegen 42 Stimmen den Antrag auf Revision der Wahlbezirkseinteilung.

3. Dezember. (Wahlzensus.) Die Kammer verwirft den Antrag der Rechten auf Herabsetzung des Wahlzensus mit 43 gegen 42 Stimmen.

## XI.

### Dänemark.

23. Januar. (Neutralisierung.) Auf die Interpellation eines Abgeordneten erklärt der Minister des Auswärtigen, Rosenkrantz-Lehn:

Die den dänischen Bevollmächtigten bei der Wiener Konferenz gegebene Instruktion: zu untersuchen, in wie weit die europäischen Mächte geneigt wären, die Neutralität Dänemarks zu garantieren, wie dies früher in Bezug auf Belgien und die Schweiz geschehen, führte zu keinem positiven Resultat, denn aus den vertraulichen Unterredungen der dänischen Gesandten mit den Repräsentanten anderer Staaten ging es deutlich hervor, daß ein derartiger Vorschlag keine Aussicht habe, günstige Aufnahme zu finden. Wenn dies schon der Fall war zu einer Zeit, als die Frage über die Zukunft Dänemarks die allgemeine Aufmerksamkeit Europas erregte, so war es leicht vorauszusehen, daß die Sache jetzt — wo andere und wichtigere Fragen dieselben in den Hintergrund gedrängt — auf keine günstigere Aufnahme rechnen dürfe.